

Pressemitteilung



Köln, 22.02.2021

Mehr Schatten als Licht

– Das Bündnis Verkehrswende Köln nimmt Stellung zum Teil „Mobilität“ der Bündnisvereinbarung von Grüne, CDU und VOLT

Als stärkste Fraktion im Kölner Stadtrat hat das Bündnis90/Die Grünen seine Chance vertan, eine Verkehrswende durchzusetzen und einzuleiten. Im Kommunalwahlprogramm hatten sie noch versprochen, Großprojekte wie die Tunnelplanung für die Ost-West-Achse zu stoppen. Auch nach Abschluss der Bündnisvereinbarung beteuern sie, dass nur eine oberirdische Variante für die Ost-West-Achse einer Verkehrswende gerecht würde. Der Einsicht folgen leider keine Taten. Wenn laut Bündnisvereinbarung jedes Projekt der Klimaprüfung (CO₂-Emissionen) standhalten muss, dann sind Pläne für einen Tunnelbau mit 100.000 Tonnen CO₂-Ausstoß pro Kilometer klar zu stoppen.

Die Selbstverpflichtung zur Steigerung des Anteils des Umweltverbundes (Fußgänger- und Radverkehr, ÖPNV) bis 2035 auf 75% und in der Innenstadt auf über 80% bis zu 90% wird nicht reichen. Bereits im Febr. 2019 beschloss der Kölner Stadtrat das Maßnahmenprogramm für Klimaschutz „KölnAktiv2022“. Danach darf der Autoverkehr gesamtstädtisch bis 2030 nur noch 10 % betragen, um den Klimaschutzanforderungen gerecht zu werden. Entsprechend muss eine Neuaufteilung des Verkehrsraums in der Innenstadt und in den Quartierszentren zugunsten der Umweltverkehre erfolgen.

Was wir vermissen, ist eine Ablehnung des Autobahnbaus wie die Projekte „A4plus“ und „Rheinspange“, die Förderung des CarSharings und Schritte hin zu einem Nachtflugverbot spätestens ab 2030.

Die geplante Umsetzung der Radverkehrskonzepte sowie die entsprechende Personalaufstockung begrüßen wir.

Die Vorhaben zum Ausbau des ÖPNV finden unsere Zustimmung, wie etwa den Stadtbahnausbau nach Widderdorf, im Rechtsrheinischen die Planung für die Stadtbahnlinie auf der Frankfurter Straße und die Machbarkeitsstudie zu einem rechtsrheinischen Stadtbahnring einschließlich einer Trassenfreihaltung für mögliche neue Rheinquerungen in Poll und Niehl zugunsten der ÖPNV-Erweiterung.

Die Absicht, die ÖPNV-Roadmap (Maßnahmen für den Stadtbahnausbau und -neubau) endlich umzusetzen, begrüßen wir ebenfalls. Dies ist zur Erreichung des Klimaziels dringend nötig. Umso bedenklicher ist, dass der hohe Investitionsbedarf zur

Durchführung aller Maßnahmen unter generellem Finanzierungsvorbehalt steht. Kein Geld – keine Investitionen.

Für eine deutliche Entspannung der Finanzlage würde die Aufgabe der Tunnelplanung auf der Ost-West-Achse einschließlich der risikoreichen Untergrabung der Mauritiuskirche sorgen. Bei diesem, mit einem Investitionsaufwand in Milliardenhöhe verbundenen Vorhaben, ließen sich allein rd. 100 Mio € an städtischem Eigenanteil einsparen, die bei dem Bau neuer Stadtbahnlinien sehr viel schneller und mit ungleich höherem Wirkungsgrad eingesetzt werden könnten. Leider hält das Ratsbündnis – wie oben erwähnt - an der Weiterplanung des unterirdischen Ausbaus fest mit Verweis darauf, dass die finale Variantenentscheidung noch ausstehe. Von welchen Kriterien diese eigentlich noch abhängig gemacht werden sollen, wo alle wesentlichen Parameter längst bekannt sind, bleibt rätselhaft. Seitdem das Ratsbündnis den Etat für die Öffentlichkeitsarbeit bei dem Ausbau der Ost-West-Achse erklärtermaßen bereits für PR-Kampagnen gegen die Befürworter*innen des oberirdischen Ausbaus einsetzen will, wird klar, woher der Wind weht:

Der Tunnel soll kommen, koste es, was es wolle!

Die Verkehrswende wird erstmal um 20 Jahre vertagt!

Wir bitten Sie, über unsere Stellungnahme zu dem Bündnisvertrag in Ihrem Medium zu berichten.

Weitere Informationen zu unserem Bündnis finden Sie auf unserer Webseite www.verkehrswende.koeln.

Kontakt: info@verkehrswende.koeln,

Mobil: 0162 829 3281

Mit freundlichen Grüßen

gez. Barbara Kleine gez. Angela Bankert
Sprecher*innenrat Bündnis Verkehrswende Köln